

Resolutionen

Resolution 2

SGB-Frauenkommission

Die Frauen zahlen die Krise nicht

Wirtschaftskrisen wirken sich sehr rasch nachteilig auf die Frauen aus. Frauen, insbesondere Migrantinnen, arbeiten in vielen Fällen Teilzeit und in Tieflohnsegmenten. Am gesamten bezahlten Beschäftigungsvolumen beträgt der Frauenanteil gerade rund ein Drittel. In Krisenzeiten sind Teilzeitarbeitsplätze besonders gefährdet. Der Druck auf unsichere Arbeitsverhältnisse steigt: Es werden Pensen abgebaut und Arbeitsverhältnisse auf Abruf oder im Stundenlohn nehmen zu, ohne dass dies in den offiziellen Statistiken zu Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sichtbar wird. Kommt dazu, dass nach wie vor Lohnunterschiede von durchschnittlich 20% zwischen Frauen und Männern existieren.

Die Alarmzeichen stehen auf rot

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise schien bisher überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze von Männern in der Industrie zu treffen. Bereits im September 2009 hat jedoch die allgemeine Arbeitslosenquote der Frauen diejenige der Männer übertroffen (Frauen 4.0%, Männer 3.9%). Vergleicht man die Daten der Beschäftigungsstatistik vom Herbst 2008 (3. Quartal), also vor Ausbruch der Krise, mit dem 2. Quartal 2009, so zeigt sich deutlich, dass auch in der Industrie prozentual mehr Frauen als Männer vom Stellenabbau betroffen sind (F -3.8%, M -3.0%). Zudem geben viel mehr Frauen als Männer an, dass sie unterbeschäftigt sind und gerne mehr arbeiten möchten. Des Weiteren fiel die Lohnentwicklung der Frauen im Jahr 2008 zum zweiten Mal schwächer aus als die der Männer (M 2,2%, F 1.8%). Ein deutliches Zeichen dafür, dass sich die Lohnungleichheit der Frauen nicht von selber verbessern wird. Zudem profitieren die Frauen, da sie mehr Teilzeit arbeiten und mehr Familienarbeit leisten, deutlich weniger von Weiterbildungsmaßnahmen und sind so in ihrer beruflichen Laufbahn benachteiligt. Durch diese Krise wird diese Diskriminierung noch verstärkt.

Sparprogramme und Sozialabbau verstärken bestehende Ungleichheiten

Auf Finanzkrisen folgen oft Sparprogramme der öffentlichen Hand, welche die Bereiche des Service public (Gesundheit, Bildung und Soziales) empfindlich treffen, in denen besonders viele Frauen arbeiten oder deren Leistungen Frauen besonders oft nutzen (z.B. Kinderbetreuung). Zusammen mit den vorgesehenen politischen Abbauprogrammen im Sozialversicherungsbereich (Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65, BVG-Revision und Revision der Arbeitslosenversicherung) werden zudem die Frauen einmal mehr überdurchschnittlich getroffen. Dies hat auch langfristige Auswirkungen auf die Kinder (Bildung, Ernährung). Zudem lassen sich die Abbaumaßnahmen nach einer Krise nicht so schnell wieder rückgängig machen.

Gleichstellungspolitische Forderungen sind kein Schönwetterprogramm

Die klassischen Krisenrezepte haben ausgedient. Es braucht ein grundsätzliches Umdenken. Die SGB-Frauen setzen sich deshalb insbesondere für die Realisierung folgender Forderungen ein:

- Eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei gleich bleibenden Löhnen anstelle des häppchenweisen Abbaus von Stellen und der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse. Dies trägt zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei und fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie mit anderen gesellschaftlich wichtigen Tätigkeiten.
- Die Lohngleichheit muss endlich prioritär behandelt werden. Sie ist auch ein Beitrag zur Stärkung der Kaufkraft der Frauen.
- Die Care-Arbeit - die unbezahlte und bezahlte Pflege-, Betreuungs- und Sorgearbeit - muss volkswirtschaftlich, gesellschafts- und gewerkschaftspolitisch als wesentlicher Teil unseres Wirtschaftens anerkannt und es muss darin investiert werden. Eine „faire Finanzierung der Kinderbetreuung“ etwa ist erst dann garantiert, wenn 1% des Bruttoinlandproduktes (BIP) in Form von öffentlichen Geldmitteln zur Verfügung gestellt werden. Für den Care-Bereich müssen Standards für gute Arbeit und gerechte Löhne entwickelt werden. Auch müssen Anreizprogramme für die Umverteilung von unbezahlter Familien- und Sorgearbeit von Frauen auf Männer geschaffen werden.